

**Rede
des sozial- und gesundheitspolitischen Sprechers**

Uwe Schwarz, MdL

zu TOP Nr. 36

**Haushaltsberatungen 2020 - Haushaltsschwerpunkt
Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**

während der Plenarsitzung vom 17.12.2019
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch von mir Dank an unsere Sozialministerin und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die alljährlich wieder hervorragende Vorbereitung und Begleitung der Haushaltsberatungen.

Auch ich will nicht versäumen, darauf hinzuweisen, dass unser Haushalt der zweitgrößte ist. Allerdings ist er einer, den es kein zweites Mal gibt. Es gibt keinen Haushalt, der derart viele kleine und Kleinstfördergruppen hat. Sozialpolitik ist mit ihren vielfältigen Aufgabenfeldern - Gesundheit, Behindertenhilfe, Senioren, Familie, Jugend, Frauen sowie Migration und Integration - eines der Felder, die gerade von dem breiten Spektrum aus Initiativen, Vereinen und Verbänden leben und vor allem von deren unzähligen freiwilligen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Sie sind der Grundpfeiler und Kitt für unseren Sozialstaat, und Ihnen gilt in erster Linie unser Dank, übrigens auch von dieser Stelle.

Meine Damen und Herren,

damit die Aufgaben auch zukünftig ausgeführt werden können, haben CDU und SPD in allen diesen Bereichen die finanziellen Mittel entweder aufgestockt oder zumindest die Förderhöhe aus diesem Jahr wiederhergestellt. Volker Meyer hat schon ein paar Punkte angesprochen. Ich kann diese nur ergänzen: Schuldnerberatungsstellen, Hospiz- und Palliativversorgung, Kinderschutzbund, Förderung der Familienverbände.

In Deutschland nehmen vor allem die Wohlfahrts-verbände das sozialstaatliche Subsidiaritätsprinzip wahr. Um ihrer Arbeit eine verlässliche Grundlage zu geben, haben wir 2015 in Niedersachsen das Wohlfahrtsfördergesetz beschlossen. Seither sind die zwischenzeitlich erfolgten Personal- und Sachkostensteigerungen nicht ausgeglichen worden. Mit diesem Haushalt stellt die GroKo den Ausgleich wieder her und erhöht die Mittel um 1,5 Millionen Euro, sodass unseren Wohlfahrtsverbänden ab 2020 insgesamt 22,75 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Auch bei den Wohlfahrtsverbänden will ich mich ausdrücklich für ihre unverzichtbare, tolle soziale Arbeit bedanken, meine Damen und Herren.

In den vergangenen Jahren hat uns kein sozialpolitisches Thema so sehr beschäftigt wie die Situation in der Pflege. Es ging und geht um höhere Wertschätzung, bessere Bezahlung, mehr Fachkräfte in der Pflege. Ich will aber nicht verhehlen, dass es in den letzten Jahren auch Erfolge gegeben hat, auch wenn diese gerne übersehen werden. Ich erinnere an neue Pflegestufen, Einbeziehung von Demenzerkrankten, Erhöhung der Pflegeleistungen, Einführung der Schulgeldfreiheit und ab 2020 Einführung von Personalpflegeuntergrenzen und den Beginn der gemeinsamen Pflege-grundausbildung für alle Pflegeberufe.

Ja, natürlich gibt es auch das Thema Pflegekammer - hier schon vielfach angesprochen. Niemand hat je behauptet, dass eine Pflegekammer das Allheilmittel zur Lösung der Probleme in der Pflege ist. Aber sie war und ist ein Mosaikstein zur Verbesserung der Situation in der Pflege. Es kann und darf nicht sein, dass am Verhandlungstisch ohne die Pflege über die Pflege entschieden wird. Es kann nicht sein, dass die Rahmenbedingungen des Pflegeberufes von Anbieterseite, Kostenträgern und anderen Gesundheitsberufen fremdbestimmt werden, und zwar durch die Gesundheitsberufe, die durchweg alle verkammert sind. Deshalb braucht die Pflege eine Verhandlungsebene auf Augenhöhe, und das sind nun einmal die Kammern. Ich weise darauf hin: Gerade die Pflegekammer ist in der aktuell laufenden Enquete wirklich ein Gewinn für dieses Gremium, meine Damen und Herren.

In Nordrhein-Westfalen wird gerade unter der Regie von Sozialminister Laumann die nächste Pflegekammer aufgebaut. Gesundheitsminister Spahn hat sich jüngst ebenfalls für eine Bundespflegekammer ausgesprochen. Richtig ist aber auch, dass bisher bei der Pflegekammer etliches unglücklich gelaufen ist. Mit dem vorliegenden Haushalt werden die Beiträge zur Pflegekammer ab sofort vom Land übernommen und sind nicht mehr von den Pflegekräften zu entrichten. Dafür wird das Land jährlich 6 Millionen Euro aufbringen. Liebe Frau Bruns, es ist in der Tat so, dass der Gesetzgeber in der letzten Legislaturperiode bei der Verabschiedung des Gesetzes so weise gewesen ist, dass an dieser Stelle nichts verändert werden muss. Das ist nun einmal so, und das ist ja auch ganz hilfreich.

Allerdings sollte es uns stutzig machen, dass sich ausgerechnet die FDP seit Monaten als Retterin der Pflegekräfte gebärdet und gleichzeitig zündelt, wo sie nur kann. Ihr heutiger Haushaltsantrag ist dafür übrigens der deutliche Beweis und eigentlich mehr ein Offenbarungseid.

Die Pflegekammer soll jedenfalls nach Antrag der FDP ersatzlos gestrichen werden - ich wiederhole: ersatzlos -, und zwar zum 30. Juni.

Sie soll ersatzlos gestrichen werden, liebe Sylvia Bruns. Darin steht nichts von dem, was Sie hier sozusagen als Ausfallschritt vorgetragen haben. Gleichzeitig fordert die FDP in dem ebenfalls von Ihnen zitierten Antrag „mehr Vielfalt und Wettbewerb im Pflegebereich“. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Hauptproblem in der Pflege ist nicht zu wenig, sondern zu viel Wettbewerb. Wir haben einen Wettbewerb um das billigste Angebot, die billigste Pflegekraft und die höchste Gewinnmaximierung. Wir haben keinen Wettbewerb um die höchste menschliche Zuneigung und um die beste Qualität. Genau deshalb ist das ein Indiz, wie unsinnig Wettbewerb in Gesundheits- und Sozialbereichen ist, meine Damen und Herren.

Als es - das will ich mal wieder in Erinnerung rufen - um eine gemeinsame Pflegeausbildung ging, als es um Mindestlöhne oder um einen Tarifvertrag Soziales ging, war die FDP in diesem Landtag immer dagegen. Deshalb kann ich den Pflegekräften nur raten: Lassen Sie sich von der FDP nicht hinter die Fichte führen. Es könnte gut sein, dass Sie dahinter mit den Positionen des bpa begrüßt werden, meine Damen und Herren.

Was unsere Koalition eint, ist die Verantwortung um eine starke Stellung für die Pflege und die Wertschätzung für diesen schweren Beruf.

Sozialministerin Reimann ist es gelungen - Volker Meyer hat bereits darauf hingewiesen -, in Niedersachsen eine konzertierte Aktion ins Leben zu rufen, die wichtige strukturverbessernde Maßnahmen auf den Weg gebracht hat. Dafür gilt Ihnen wirklich unser Dank, Frau Ministerin.

Es ist auch gelungen, dass in der ambulanten Pflege höhere Vergütungen und vor allen Dingen bessere Wegepauschalen gezahlt werden können.

Im Haushalt erhöhen wir für alternative Wohnformen - man könnte auch sagen: für Alten-WGs - den Ansatz um 1 Million Euro.

2020 werden wir das Niedersächsische Pflegegesetz novellieren. Das wird mindestens eine gravierende Änderung haben. Zukünftig wird es nämlich nur noch dann Landeszuschüsse geben, wenn nachgewiesen werden kann, dass ein Tarifvertrag Soziales die Grundlage für die Beschäftigten ist.

Das alles sind sehr konkrete Schritte, die den Pflegeberuf wirklich stärken, und das ist allemal hilfreicher als das unwürdige Kesseltreiben gegen die Pflegekammer, übrigens auch gegen die dort beschäftigten Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren.

Zur Sicherung der stationären und medizinischen Versorgung haben wir 2018 eine Enquete eingesetzt. Ich darf sagen: Schon jetzt steht fest, dass im Vordergrund unseres zukünftigen Handelns nicht Lokalpatriotismus, sondern Qualität und Patientensicherheit stehen müssen.

Mit dem Haushalt verstärken wir die Mittel für IVE-NA, eine Internetplattform, die dem Rettungsdienst aufzeigt, welches Krankenhaus der Rettungsdienst mit seinen Patienten direkt anfahren kann. Dies ist ohne Frage eine lebensrettende Maßnahme. Wir wollen Niedersachsen so schnell wie möglich damit flächendeckend versorgen.

Zur Verbesserung der hausärztlichen Versorgung stellen wir auch im nächsten Jahr wieder über eine Million Euro aus Landesmitteln zur Verfügung. Wir erhöhen

die Medizinstudienplätze. Wir werden die Hausarztquote auf den Weg bringen. Das alles sind wichtige Unterstützungsmaßnahmen des Landes.

Wir erwarten allerdings auch - da stimme ich mit Volker Meyer überein -, dass die eigentlich zuständigen Körperschaften ihre gesetzlichen Spielräume nun endlich vollständig ausschöpfen.

Meine Damen und Herren!

Bei den Krankenhäusern setzt die Große Koalition auch mit diesem Haushalt den Abbau des gewaltigen Investitions-staus fort. 2020 stehen alles in allem 360 Millionen Euro und bis 2022 also insgesamt 1,45 Milliarden Euro für die Modernisierung und Neuausrichtung unserer Krankenhäuser zur Verfügung. Das war und ist das bisher größte Krankenhausinvestitions-programm Niedersachsens. Ich sage Ihnen: Darauf kann diese Koalition wirklich stolz sein.

Neben all diesen Verbesserungen in der Gesundheitsversorgung ist die gesetzliche Absicherung der Schulgeldfreiheit für die Ausbildung von Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Logopäden und Podologen die nachhaltigste sozialpolitische Entscheidung von SPD und CDU.

Waren es im Einstiegsjahr - in diesem Jahr - 2 Millionen Euro Landesmittel, werden es nächstes Jahr schon über 9 Millionen Euro Landesmittel sein und 2022 gut 20 Millionen Euro. Das beweist übrigens, dass die Maßnahme schon gewirkt hat. Während 2019 private Schulen von der Schließung bedroht waren, sind jetzt alle Plätze voll belegt.

Natürlich haben wir großes Verständnis für den Protest der Heilerziehungspflegerinnen und -pfleger, der medizinischen Bademeister, Masseure und aller anderen nichtärztlichen Heilberufe, die noch Schulgeld bezahlen müssen. Schulgeld ist ungerecht und Schulgeld ist das größte Hemmnis für den Berufseinstieg. Das sieht übrigens das zuständige Kultusministerium in Niedersachsen genauso. Deshalb erwarten wir gemeinsam, dass der Bund seine vollmundigen Ankündigungen ebenfalls zeitnah einlöst und das Schulgeld bundesweit abschafft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in diesem Jahr große Themen im Zusammenhang mit dem Kinderschutz gehabt. Aktuell haben Fälle von massenhafter, auch sexueller Gewalt gegen Kinder in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen Gesellschaft und Politik gleichermaßen schockiert.

Im Mai kamen noch Misshandlungsvorwürfe bei sogenannten intensivpädagogischen Einzelmaßnahmen im Ausland dazu. Unsere Jugendämter

stehen vor riesigen Problemen bei der Bewältigung dieser Fälle. Die Vorfälle in und um Lügde legen durchaus ein Systemversagen nahe. Wir fordern daher auch deutliche Verbesserungen im Jugendhilferecht.

Niedersachsen fördert 2020 verstärkt den Kinderschutzbund, landesweit 21 Beratungsstellen im Bereich von Gewalt gegen Kinder sowie 43 Beratungsstellen für Mädchen und Frauen gegen sexuelle Gewalt.

Ungeachtet der juristischen und rechtlichen Aufarbeitung der Vorgänge um Lügde wollen wir für Niedersachsen Qualitätsstandards für den Kinderschutz entwickeln. Vor allem muss die Zusammenarbeit von Kindergärten, Schulen, Gesundheitswesen sowie Ermittlungsbehörden so gestaltet werden, dass der Schutzauftrag zum Wohle der Kinder lückenlos erfüllt werden kann und eine wechselseitige Informationspflicht besteht. Das sollte eigentlich selbstverständlich sein, ist aber nicht so.

Zentrale Anlaufstelle für Betroffene und Ratsuchende sollen die in Niedersachsen schon bestehenden vier Kinderschutzzentren werden. Mit diesem Haushalt stellen wir die Mittel für ein fünftes Zentrum in Südniedersachsen zur Verfügung.

Wir müssen die Vorgaben der UN-Kinderrechts-konvention und des Bundeskinderschutzgesetzes stringent umsetzen. Vor allem, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir lernen, Kinderschutz konsequent aus Sicht der Kinder zu denken und nicht durch die Erwachsenenbrille. Nur so werden wir gute Lösungen erarbeiten können.

Für den Migrations- und Integrationsbereich stellen wir im Haushalt des Sozialministeriums erneut 16 Millionen Euro zur Verfügung, genauso viel wie 2019. Vordringliche Aufgabe ist dabei die Integration in Arbeit, für die wir erneut 10 Millionen Euro im Rahmen der Migrationsberatung bereitstellen.

Es ist doch blanker Unsinn, wenn wir überall den vorhandenen Fachkräftemangel beklagen, wenn deutsche Unternehmen im Ausland unterwegs sind, um Fachkräfte einzusammeln, und wenn zeitgleich bei uns Rechtspopulisten nichts unversucht lassen, um möglichst jeden fremdländisch aussehenden Bürger des Landes verweisen zu wollen. Diese Schizophrenie machen wir uns nicht zu eigen. Sie ist in jeder Hinsicht töricht.

Im Oktober haben wir im Landtag einstimmig das Ausführungsgesetz zum neuen Bundesteilhabegesetz geschaffen. Mit diesem Gesetz wird erstmalig die gezielte Förderung des einzelnen Betroffenen in den Vordergrund gestellt. Nichtfachleute können damit wenig anfangen. Aber in Wirklichkeit verbirgt sich hinter diesem Gesetz eine sozialpolitische Revolution für unsere Gesellschaft.

In Niedersachsen leben derzeit 1,2 Millionen Menschen mit anerkannten Behinderungen. 93.000 von ihnen haben Leistungsansprüche nach diesem Gesetz. Nach der hoffentlich erfolgreichen Umsetzung dieses neuen Gesetzes wird es 2020 um die Novellierung des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes gehen.

Meine Damen und Herren,

die UN-Behindertenrechtskonvention ist keine Gefälligkeitserklärung, sondern ein Menschenrecht und ein bindendes Recht. Sie ist Grundlage für alle Inklusionsbestrebungen. Das sage ich bewusst noch einmal an die Adresse am ganz rechten Rand dieses Hauses, der jede Form von Inklusion rückgängig machen will.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch von mir der Dank an die Mitglieder des Sozialausschusses für unsere sehr konstruktive und zielorientierte Zusammenarbeit. Ich sage allerdings: Das gilt für die AfD-Fraktion eindeutig nicht. Wo nur ansatzweise das Wort „Ausländer“ oder „Migrant“ vorkommt, setzen Sie die Ansätze auf null. Sie stellen alles auf null, wenn es um die Diskriminierung von Lesben, Schwulen und Bisexuellen geht. Sie stellen alles auf null, wenn es um die Gleichberechtigung von Frauen geht. Ich frage mich: Wo leben Sie eigentlich?

Aber darum geht es Ihnen gar nicht. Ihr Geschäftsmodell ist ein gänzlich anderes. Ihr Geschäftsmodell ist die bewusst gesuchte Konfrontation. Sie schüren bewusst Ängste, Neid, Hass und Zwietracht - und das vornehmlich auf dem Rücken von Minderheiten.

Ihr Haushaltsantrag ist dafür erneut ein deutlicher Beweis. Deshalb sage ich Ihnen: Deutschland ist weltweit eines der wohlhabendsten Länder, eine der sichersten, stabilsten und friedlichsten Demokratien. Das war nach dem Zweiten Weltkrieg keine Selbstverständlichkeit, und es ist es auch zukünftig nicht.

Bei aller demokratischen Streitkultur versichere ich Ihnen: Die Fraktionen dieses Hauses - mit Ausnahme von Ihnen - werden es nicht zulassen, dass Rechtspopulisten unsere Gesellschaft spalten.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein schönes Weihnachtsfest und ein friedliches neues Jahr.

Vielen Dank.